

# Fünf Grundsätze einer Politik für Deutschland

**Die von der Union mehrfach zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft zur Zusammenarbeit in der Deutschlandpolitik wird ständig dadurch in Frage gestellt, daß die SPD/FDP-Koalition nicht aufhört, die Rechtsbrüche, Vertragsverletzungen und antihumanitären Akte der DDR-Regierung zu beschönigen und bei Verhandlungen Vorleistungen anzubieten, anstatt hart um die deutschen Interessen zu ringen. In der Bundestags-Debatte über die „Lage der Nation“ (30./31. Januar 1975) legten die Sprecher der CDU/CSU-Fraktion die Grundsätze einer Politik für Deutschland dar, wie sie die Opposition von der Bundesregierung erwartet.**

## Die deutsche Frage offenhalten

**Prof. Karl Carstens nennt in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers die Voraussetzungen für eine vom gesamten Parlament getragene Deutschlandpolitik:**

Die Rede des Bundeskanzlers enthielt einen Appell zur Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU-Fraktion. Aber ich muß Ihnen sagen, in diesem Appell haben Sie so viel an falscher Sachdarstellung einfließen lassen, daß es mir schwerfällt, darin einen konstruktiven Beitrag zu dieser Diskussion zu sehen.

Zu einer realistischen Entspannungspolitik gehört, daß wir die politisch offensiven Elemente in der Politik unserer östlichen Partner erkennen und zur Kenntnis nehmen. Dazu gehört die fortgesetzte Steigerung der Rüstungsanstrengungen durch die Sowjetunion; die immer wieder deutlich sichtbaren Versuche, die westeuropäische Einigung zu hindern; die deutlichen Versuche, die Stellung West-Berlins zu schwächen, indem man die Einbeziehung West-Berlins in Verträge ablehnt; die Fortsetzung des ideologischen Kampfes, die Diffamierung des Kapitalismus und des Imperialismus, womit doch ohne Zweifel unsere freiheitliche Ordnung gemeint ist; dazu gehört auch, daß man von der politischen Aktivität der kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der DKP, Kenntnis nimmt, die, wie wir wissen, der verlängerte Arm der SED in Ost-Berlin ist, und die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Sozialismus nach dem Modell der DRR in der Bundesrepublik Deutschland einzuführen. Realistische Entspannungspolitik, glaube ich, bedeutet

auch, zu erkennen, daß die DDR ihre Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland seit 1969 in gewissen Bereichen leider deutlich verschärft hat. Ich erinnere daran, daß in dieser Zeit die automatischen Tötungsanlagen vervollkommen wurden, daß bestimmte persönliche Kontakte, die bis dahin möglich waren, unterbunden wurden — einschließlich der Kontakte durch Briefe —, daß aus der Verfassung der DDR jeder Hinweis auf die deutsche Nation gestrichen wurde und statt dessen ein Passus aufgenommen wurde, der lautet: „Die DDR ist auf immer und unwiderruflich mit der Sowjetunion verbündet.“

Was ist in dieser Lage zu tun? Ich möchte den Standpunkt der CDU/CSU-Fraktion in fünf Punkten zusammenfassen.

● **Erstens:** Berlin. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir alle gemeinsam die Position West-Berlins stärken; dazu gehört seine feste Bindung mit der Bundesrepublik Deutschland. Zur Festigung der Bindungen sollte auch gehören, daß wir, die Fraktionen des Bundestages, in regelmäßigen Abständen unsere Sitzungen in Berlin abhalten. Ich begrüße, daß die Fraktionen der SPD und FDP dies in aller Kürze tun wollen. Aber es wäre noch erfreulicher gewesen, wenn dies zu einem Zeitpunkt geschehen wäre, wo nicht der unmittelbare zeitliche Zusammenhang zu den Berliner Abgeordnetenwahlen so sichtbar gewesen wäre.

● **Zweitens:** Wir müssen die deutschen Fragen offenhalten. Wir müssen politische und diplomatische Anstrengungen unternehmen, um der Welt bewußt zu machen, daß die deutsche Frage nicht befriedigend geregelt ist. Die Ostverträge schaffen keinen definitiven Zustand, sondern sind Elemente eines Modus vivendi; so haben wir alle gemeinsam im Mai 1972 in der einstimmigen Resolution gesagt. Die deutsche Nation besteht fort. Eine deutsche Nationalität besteht fort. Das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung ist nicht erfüllt und besteht fort. Und wir sollten nicht sagen, wenn diese Forderung vor dem Forum der Vereinten Nationen erhoben wird, daß man die Vereinten Nationen nicht mit den querelles allemandes, mit den deutschen Zwistigkeiten, behelligen sollte. Jedes Volk der Welt, welches Mitglied der Vereinten Nationen ist, benutzt das Forum der Vereinten Nationen dazu, um seine elementaren Forderungen dort vor dem Forum der Welt zur Geltung zu bringen.

● **Drittens:** Die CDU/CSU fordert, daß das deutsche Geschichtsbewußtsein wieder stärker belebt wird. Die Unterdrückung des Geschichtsunterrichts an den Schulen unseres Landes, die Verfälschung des Geschichtsbildes ist die Folge einer von SPD- und FDP-Regierungen in den entsprechenden Ländern jahrelang betriebenen systematischen Politik, nicht nur den Schulunterricht zu ideologisieren, Klassenkampf und Konflikte als die Grundmuster jeder Gesellschaft in die Kinder und in deren Bewußtsein hineinzubringen, sondern auch das Geschichtsbewußtsein als etwas Antiquiertes, als etwas zu bezeichnen, was eines emanzipierten jungen Menschen nicht mehr würdig sei.

● Die vierte Forderung, die ich stellen möchte, ist, daß wir im freien Teil Deutschlands für diejenigen Deutschen eintreten, deren Menschenrechte in der DDR verletzt werden. In den Zuchthäusern Brandenburg und Cottbus vor allem sitzen

Tausende von politischen Gefangenen ein, die hauptsächlich wegen Fluchtversuchs oder wegen Beihilfe zur Flucht verurteilt worden sind.

Unsere Versuche, zu gemeinsamen Erklärungen des Bundestages zu diesem Problem der Verletzung des Menschenrechts im anderen Teil Deutschlands zu kommen, sind leider immer wieder auf Schwierigkeiten gestoßen.

Darf ich Sie daran erinnern, daß der sowjetische Dichter Solschenizyn und der sowjetische Wissenschaftler Sacharow in leidenschaftlicher Form an die westliche Welt appelliert haben, wenigstens mit Worten für die dort in Gefängnissen Einsitzenden einzutreten, weil dieses Eintreten für die Verfolgten eine Quelle moralischer Stärkung sein würde! Ich meine, diesem Appell sollten wir uns, was die verfolgten Deutschen in der DDR anlangt, anschließen.

Ich habe in dieser Frage an den Generalsekretär der Vereinten Nationen einen Brief gerichtet und ihn gebeten, bei seinem bevorstehenden Besuch in der DDR dieses Thema zur Sprache zu bringen. Und ich glaube, Herr Bundeskanzler, vielleicht könnte eine Gemeinsamkeit darin gefunden werden, daß auch sie sich entweder mündlich oder schriftlich einem solchen Schritt anschließen.

● Fünftens: Ich meine, es ist an der Zeit, daß wir uns darauf besinnen, was es eigentlich heißt, deutsch zu sein. Es bedeutet vor allem, unser eigenes Land, unser Vaterland zu lieben. Wir alle wissen von den Verwirrungen, zu denen ein falsch verstandener Patriotismus in der Vergangenheit geführt hat. Niemand von uns wird Vaterlandsliebe als ein absolutes und höchstes Gebot ansehen. Wir sehen das deutsche Vaterland, unser Land und die deutsche Nation als Teil eines größeren europäischen Verbandes. Wenn wir in diesem Sinne vom Vaterland sprechen, dann meinen wir, nicht nur die Deutschen, die jetzt in der Bundesrepublik Deutschland leben, sondern wir meinen auch die Mecklenburger, die Brandenburger, die Thüringer und die Sachsen, wir meinen die Schlesier, die Pommern und die Ostpreußen, ob sie nun hier bei uns oder in der DDR wohnen.

Es ist ein Band, welches alle Deutschen in Ost und West zusammenschließt. Dieses Band wird sich als stärker erweisen als vorübergehende, mit Gewalt errichtete Machtstrukturen. Dieses Band und das Bekenntnis zu ihm wird von manchen als revanchistisch verschrien. Aber es wird auch das ertragen, und es wird länger dauern als jene, die die Vaterlandsliebe zu verketzern suchen.

## Text und Wirklichkeit

**Olaf von Wrangel weist nach, daß sich die praktische Deutschlandpolitik bisher in krassem Gegensatz zu dem Vertrag abspielte:**

Was sie, die Bundesregierung, in den Grundlagenvertrag als höhere Ziele und gute Absichten hineingeschrieben haben, ist in der Praxis weitgehend ohne Substanz geblieben. Daran läßt sich auch durch die Schönfärberei nichts ändern. Im Zusammenhang mit den Todesautomaten spricht die Regierung von „Technisierung und baulichen Veränderungen“. Dies empfinde ich als eine Verhöhnung

all dessen, was wir alle in diesem Hohen Hause hoffentlich an Wertvorstellungen gemeinsam besitzen. Sind wir wirklich so weit, daß wir aus Gründen falsch verstandener Opportunität nicht mehr mit dem Mut und dem selbstverständlichen Vokabular überzeugter Demokraten das Unrecht beim Namen nennen, das die Leiden der deutschen Nation kennzeichnet?

Ausgehend von der Kritik, daß nahezu alles, was für die Menschen von Interesse ist, ohne jede Rechtsverbindlichkeit blieb, muß man nun feststellen, daß der Grundlagenvertrag in seinen Zielen ausgehöhlt, ignoriert und gebrochen wird. Wo bleibt hier ein mutiges Wort der Bundesregierung, dieser für die Verhandlungsposition der Bundesregierung Deutschland entscheidenden Entwicklung energisch entgegenzutreten?

In der Präambel ist von dem Bestreben die Rede, einen Beitrag zur Entspannung in Europa zu leisten. Wollen sie ernsthaft behaupten, daß die Militarisierung in der DDR und die feindselige Haltung gegenüber West-Berlin diesen Grundsatz bekräftigen?

In Artikel 1 ist von der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen die Rede. Es kann doch wohl kaum zu den gutnachbarlichen Beziehungen gehören, wenn die DDR sich auf Abgrenzungsmaßnahmen konzentriert, einen freien Informationsaustausch ablehnt, dafür aber eine intensive Spionage sowie eine Indoktrinierung der DDR-Jugend zum Haß auf den „Klassenfeind“ Bundesrepublik Deutschland betreibt. Für Artikel 2 gilt dasselbe.

In Artikel 3 ist von der Verpflichtung die Rede, Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten. Die Repressalien und Drohungen der DDR bei der Errichtung des Umweltbundesamtes, Schikanen auf den Transitwegen sind eine Verhöhnung dieser Vertragsvereinbarung. Minen, Drohungen, Repressalien und Erpressungen sind eine scheußliche moderne Art von Gewalt, der sich totalitäre Staaten bedienen.

Dasselbe gilt für den Artikel 5, in dem von dem Bemühen die Rede ist, die Streitkräfte in Europa und die Rüstung zu vermindern, und genauso für den Artikel 7, in dem im Zuge der Normalisierung gegenseitiger Beziehungen praktische und humanitäre Fragen geregelt werden sollen. Danach haben wir Verdoppelung des Zwangsumtausches erlebt sowie die Verhinderung menschlicher Begegnungen unter dem Stichwort „Geheimnisträger“, und wir erleben es Tag für Tag, daß die Familienzusammenführung stagniert oder gar nicht funktioniert. Wir wissen um das Elend derjenigen, die als Flüchtlinge in die Gefängnisse der DDR gesperrt worden sind, und wir haben manches gehört über Drangsalierungen in diesen Gefängnissen selbst.

## Dilettantismus und Täuschung

**Dr. Werner Marx weist nach, daß die Bundesregierung teilweise wider besseres Wissen einen unvollkommenen Vertrag mit Ost-Berlin ausgehandelt hat, dessen verhängnisvolle Folgen jetzt deutlich werden:**

Dem deutschen Volk war immer gesagt worden, daß durch die Ostverträge und den innerdeutschen Grundvertrag unser außenpolitischer Spielraum erheblich erweitert würde. Jetzt zeigt sich die Haltlosigkeit einer solchen Politik. In den letzten Wochen ist der Handlungsspielraum der deutschen Außenpolitik nicht weiter, sondern enger geworden. Mir scheint, daß zu spät und am falschen Platz versucht wird, etwas festzuhalten, was in der Konsequenz dieser schlecht durchdachten Deutschlandpolitik längst der Bundesregierung durch ihre linken Hände geronnen ist.

Denn: Wenn heute andere Staaten mit der DDR Konsularverträge abschließen, dann gehen sie davon aus, daß die DDR durch die ausdrückliche Ermunterung der Bundesregierung *urbi et orbi* zu einem Staat erklärt wurde, mit dem man nicht nur völkerrechtliche Verträge schließen könne, sondern der auch völkerrechtlich anerkannt und vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen werden solle. Damals also, im Oktober 1969, bei der ersten Regierungserklärung Brandts, dann bei den Verhandlungen zwischen Bahr und Gromyko im Frühjahr 1970 und zuletzt beim Abschluß der Ratifikation des Grundvertrages, sind die wichtigen, alles andere dominierenden Entscheidungen gefallen.

Als, wohlpräpariert zum Wahlkampf, der Grundvertrag der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, im November 1972, hat die Bundesregierung die heiklen Tatsachen und mutmaßlichen negativen Folgen verschwiegen. Sie wußte sehr wohl, daß dieser Vertrag eine Lawine auslösen werde, gegen welchen sie keinen Schutzzaun mehr werde errichten können. Ja, ich sage, daß Sie bei allen Verträgen gewußt haben, was die Buchstaben, die Wörter, die Sätze, die juristischen Konstruktionen bedeutet haben.

Es kann ja gar nicht sein, daß sie nicht die Folgen bedachten, daß ihnen die Fachbeamten das nicht gesagt haben. Natürlich wußten sie, daß die DDR auf der Grundlage dieses Vertrages die Anerkennung und auf der Grundlage der Anerkennung ihr eigenes Staatsbürgerrecht zumindest in anderen Ländern durchsetzen werde. Und die östlichen Verhandlungspartner wußten das auch.

Beide Seiten einigten sich schließlich auf Texte, deren doppelbödigter Charakter, deren mehrdeutiger Sinn beiden wohl klar war. Obwohl der damalige Außenminister gesagt hat, es dürfe keinen Dissens in den entscheidenden Passagen geben, hat man, z. B. mit der sowjetischen Seite, nach Worten und Formeln gesucht, die wie eine Tarnkappe über das gemeinsame Einverständnis gestülpt wurde, damit man vor den kritischen und prüfenden Blicken des Volkes und der Karlsruher Richter die tiefere Bedeutung des Vereinbarten verbergen konnte.

Es ist für alle in diesem Land eine bittere Lehre, daß der leichtfertige Umgang mit dem Recht sich nun gegen jene wendet, die voll Verachtung über „Formelkram“ höhnten.

## Berlin – ein Bonner Lippenbekenntnis

**Jürgen Wohlrabe weist nach, daß die Bundesregierung bisher nichts Effektives gegen den sowjetischen Berlin-Boykott unternommen hat:**

Die Vereinbarungen für Berlin, wie auch die Ostverträge, sind politische Wirklichkeit geworden. Diese Vereinbarungen binden uns heute und auch künftig in unserer politischen Arbeit. Diese Erkenntnis darf jedoch nicht dazu führen, Rechtsbrüche zu bagatellisieren.

Vorrangiges Ziel ist heute die Sicherung der freiheitlichen Existenz Berlins auf der Grundlage dieser Verträge. Zur Erreichung dieses Zieles nutzen gemeinsame Bemühungen mehr, als die Konfrontation der Parteien.

Wer jedoch von Gemeinsamkeit spricht, muß sich darüber im klaren sein, daß dazu eine erhebliche Übereinstimmung in bezug auf die Beurteilung der gegenwärtigen Lage in Berlin und auch in bezug auf künftige politische Vorhaben für Berlin erforderlich ist. Voraussetzungen dafür sind:

- Die Interessen Berlins gegen jedermann mit dem erforderlichen Nachdruck zu vertreten. Immer wiederkehrende Vertragsbrüche der östlichen Seite, insbesondere der DDR, dürfen nicht verniedlicht werden. Bis heute hat sie in Einklang mit der Sowjetunion das Bemühen nicht aufgegeben, aus Berlin eine selbständige politische Einheit zu machen.
- Die Freiheit Berlins durch große Übereinstimmung mit den Alliierten zu sichern. Die Berliner sagen nicht, die Verträge hätten Berlin sicherer gemacht. Die freiheitliche Existenz Berlins wird bis heute einzig und allein durch die Garantie der Schutzmächte und der NATO gestützt.
- Die Bindungen Berlins zum Bund und vom Bund zu Berlin vertragskonform und nachdrücklich auszubauen. Die Bundesregierung und der Senat dürfen sich nicht von der östlichen Seite einschüchtern lassen.

Die Bundesregierung betont zwar immer ihr vitales Interesse, die Bindungen Berlins zum Bund aufrecht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Der politische Alltag sieht jedoch erheblich anders aus:

Nach dem Streit um das Umweltbundesamt in Berlin erklärte Bundeskanzler Schmidt zur Errichtung der Deutschen Nationalstiftung: „Es wäre wenig hilfreich, weitere Streitfälle in die Welt zu setzen.“ Mit anderen Worten, man solle das Verhältnis zur Sowjetunion nicht noch weiter belasten. Damit würde die Bundesregierung jedoch auf ihr vertraglich zugesichertes Recht auf Fortentwicklung der Bindungen der Stadt an den Bund verzichten.

Ausländische Politiker — insbesondere Staatsbesucher — die die Bundesrepublik besuchen, werden längst nicht mehr nach Berlin gebeten. Auch UNO-Generalsekretär Waldheim, der uns in wenigen Tagen besucht, wird Berlin entgegen der ursprünglichen Absicht, nicht aufsuchen.

Zum Ausbau der Bindungen gehört auch die Präsenz der Bundespolitik in Berlin. Wir würden uns wünschen, wenn gerade die SPD-Bundestagsfraktion, die ein höchst seltener Gast in Berlin geworden ist, sich daran beteiligen würde.

# Chronik des Bundestages

Wochen vom 15. bis 17., vom 22. bis 24. und vom 28. bis 31. Januar 1975

## Verabschiedete Gesetze

Datum	Gegenstand	Abstimmung
16. 1. 1975	Gesetz zur Erleichterung der Verwaltungsreform in den Ländern — Bundesratsentwurf	einstimmig angenommen
	Gesetz zur Anpassung gesetzlich festgelegter Zuständigkeiten an die Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche von Bundesministern	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Schutze der Auswanderer	einstimmig angenommen
23. 1. 1975	Gesetz über eine Pressestatistik	angenommen mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition
	Gesetz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere	einstimmig angenommen
24. 1. 1975	9. Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes. Die CDU/CSU-Fraktion hat bei den Beratungen erreicht, daß durch das neue Instrument der „Verfügungsbereitschaft“ keine (wie vorgesehen) Herabsetzung der Präsenzstärke der Bundeswehr und keine Beseitigung der Wehrbereichskommandos erfolgt und daß eine Umstellung der Truppenstruktur erst nach einjährigen Großversuchen in 2 Großverbänden mit befriedigendem einvernehmlich festgestellten Ergebnis durchgeführt wird.	einstimmig angenommen
30. 1. 1975	Gesetz zum deutsch-französischen Abkommen über die deutsche Gerichtsbarkeit für die Verfolgung bestimmter Verbrechen Die Ablehnung durch die CDU/CSU erfolgte, weil Regierung und Koalition nicht bereit waren, die ausdrückliche Begrenzung auf Fälle von Mord und Anstiftung zum Mord, von der sie ausdrücklich selbst ausgingen, zur Sicherung des Rechtes nun auch in den Text des Ratifizierungsgesetzes hinein zu schreiben	gegen die Stimmen der CDU/CSU angenommen

Datum	Gegenstand	Abstimmung
<b>31. 1. 1975</b>	1. Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts — nur Namensrecht vorgezogen —	angenommen mit großer Mehrheit
	Änderung des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte — CDU/CSU-Entwurf zur kostenlosen Krankenversicherung kriegsbeschädig- ter Landwirte in Angleichung zu den anderen Kriegsbeschädigten	in 2. Lesung gegen die CDU/CSU- Stimmen abgelehnt
	Gesetz zum Übereinkommen über Atomhaftung	einstimmig angenommen
	3. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes	einstimmig angenommen
	ERP-Wirtschaftsplangesetz 1975	einstimmig angenommen
	Änderung des Mineralölsteuergesetzes, Heizöl- kennzeichnung	einstimmig angenommen
	7 Gesetze mit Spanien, Griechenland, Türkei, Por- tugal, Jugoslawien, Israel und Österreich über soziale Sicherheit — Neuregelung der Kindergeld- sätze für Gastarbeiter	alle 7 Abkom- men sind ein- stimmig ange- nommen
	Gesetz zum Vertrag mit Norwegen über gegen- seitige Unterstützung in Zollangelegenheiten	einstimmig angenommen
	Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Protokoll über Flüchtlingsseeleute	einstimmig angenommen
	Gesetz zum Übereinkommen zur Errichtung eines Europäischen Zentrums für mittelfristige Wetter- vorhersage	einstimmig angenommen
	Steueränderungsgesetz 1974 (Bundesratsentwurf)	für erledigt erklärt
	3. Steuerreform — Einbeziehung des Leasing und Umweltschutz-Investitionen	einstimmig angenommen

### Sonstige Punkte der Tagesordnung

<b>30. 1. 1975</b>	Regierungserklärung und Debatte zum Interna- tionalen Jahr der Frau 1975	Überweisung an Ausschüsse
<b>30. 1. 1975</b> <b>und</b>	Regierungserklärung über die Lage der Nation Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur	
<b>31. 1. 1975</b>	Deutschlandpolitik	